

Anne Holowenko, Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Kießling

Antrag an den Stadtparteitag

Der Stadtparteitag möge beschließen:

**Der Verantwortung für die Entwicklung der Stadt gerecht werden.
Kürzungen bei Sozialem, Jugendhilfe und Kultur verhindern.**

DIE LINKE. Dresden setzt sich dafür ein, auch in der Landeshauptstadt Dresden die durchaus vorhandenen positiven Impulse von Bundes- und Landesebene zur **Milderung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgeschäden** der Corona-Pandemie aufzugreifen und durch eigenes kommunales Handeln zu verstärken.

Wir stellen fest, dass der vorliegende Haushaltsentwurf für die Jahre 2021/2022 der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Stadt Dresden nicht ausreichend gerecht wird und in dieser Form für DIE LINKE nicht zustimmungsfähig ist.

Es besteht die **Gefahr, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen** der Corona-Pandemie **ungleich verteilt** und infolge verfehlter Schwerpunktsetzungen **unnötig verschärft** werden.

Insbesondere die im Raum stehenden **Kürzungen bei den freiwilligen Aufgaben in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe und Soziales** drohen soziale Verwerfungen zu erzeugen.

Der seit 2014 eingeschlagene Weg des **sozialen Wohnungsbaus** muss fortgesetzt werden. Die dafür eingeplanten Mittel sind ebenfalls nicht ausreichend.

Dies gilt ebenso für die erforderlichen **Investitionen** in das Städtische Klinikum Dresden und damit in die **medizinische Versorgung der Dresdner Bevölkerung**

Den Abbruch der im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung begonnenen **kulturellen** Projekte, wie z.B. die Sanierung der Robotronkantine, hält DIE LINKE für falsch.

DIE LINKE betrachtet es als eine eklatante Missachtung des Stadtrates und der Stadtbezirksbeiräte, dass der Oberbürgermeister entgegen einem eindeutigen Stadtratsbeschluss in die **Stadtbezirksbudgets** nicht 25 Euro pro Einwohner*in, sondern gerade mal noch 8,80 Euro pro Einwohner*in eingestellt hat.

DIE LINKE hat auch kein Verständnis dafür, dass ein neues **Verwaltungsgebäude** über eine städtische Gesellschaft kreditfinanziert werden soll, dieser Weg aber für Schulen oder dringend benötigte soziale und kulturelle Infrastruktur ausgeschlossen wird.

DIE LINKE. Dresden sieht angesichts von Wirtschafts- und Steuerprognose, die den Vor-Corona-Stand der Steuereinnahmen noch während der Laufzeit des nächsten Doppelhaushaltes voraussagen, **keinerlei Notwendigkeit, ausfallende Steuermittel durch harte haushaltspolitische Einschnitte zu kompensieren.**

DIE LINKE. Dresden besteht auf **Korrekturen dieses Haushaltsentwurfs.** Die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen und die Kürzung von Angeboten als indirekte Folge der Corona-Pandemie werden wir nicht einfach hinnehmen.

Der in Dresden erreichte Stand der Ausstattung mit Einrichtungen und Angeboten kann und muss gesichert werden.

Der Stadtparteitag erwartet von der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat, im Sinne der vorstehenden Punkte zielführende Haushaltsverhandlungen mit den anderen demokratischen Fraktionen des Stadtrates zu führen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Dresden, den 27.09.2020